



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg 37/2003-2008 am 19.02.2008
im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.05 Uhr

Anwesend:

- | | | |
|-----|----------------------|------------------------------|
| 1. | Bürgervorsteher | Joachim Süme |
| 2. | Gemeindevertreter/in | Doris Baum |
| 3. | " | Rotraut Bolte |
| 4. | " | Elisabeth von Bressensdorf |
| 5. | " | Folker Brocks |
| 6. | " | Simone Brocks |
| 7. | " | Hans-Detlev Bruhn |
| 8. | " | Wolfgang Flößer |
| 9. | " | Heinz-Georg Gülk |
| 10. | " | Gudrun Hohn |
| 11. | " | Karin Honerlah |
| 12. | " | Edda Lessing |
| 13. | " | Annette Marquis |
| 14. | " | Horst Ostwald |
| 15. | " | Detlef Reinke |
| 16. | " | Hans-Joachim Rösel |
| 17. | " | Clauss-Dieter Rommerskirchen |
| 18. | " | Reinhard Schaar |
| 19. | " | Jörg Schlömann |
| 20. | " | Kai Schmidt |
| 21. | " | Johann Schümann |
| 22. | " | Wilfried Wengler |
| 23. | " | Hans-Joachim Werner |

seitens der Gemeindeverwaltung

Bürgermeister Volker Dornquast
Steffen Klawitter als Protokollführer

entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreterin Christiane Bohnert
Gemeindevertreter Mariano Córdova
Gemeindevertreter Siegfried Ramcke
Gemeindevertreter Carsten Schäfer



Tagesordnung:

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 36/2003-2008 am 11.12.2007**
3. **Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern**
4. **Festlegung von Zielen und Grundsätzen**
5. **Grundsatzbeschluss über die Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Grundschule Ulzburg**
6. **2. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplan der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Beckershof)**
 - **Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der erneuten öffentlichen Auslegung -**
 - **abschließender Beschluss -**
7. **Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben**
8. **Region Alsterland
Aktiv-Region – Anerkennungsverfahren**
9. **Nordgate – Das Tor zur Metropolregion Hamburg**
10. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Bürgervorsteher Süme eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren der Gemeindevertretung und -verwaltung, die anwesenden Mitglieder des Seniorenbeirates, die Vertreterinnen oder Vertreter der Presse sowie die erschienenen Bürgerinnen und Bürger.

Zur heutigen Sitzung wurde fristgerecht und ordnungsgemäß unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen. Die Zeit, der Ort und die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung wurden rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht. Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Mehrere anwesende Anwohner aus der Straße **Dreangel** erkundigen sich nach den Planungen zur Straßenanbindung des Baugebietes Beckershof und kritisieren das bisherige Verfahren im Hinblick auf die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner.

Bürgermeister Dornquast erklärt hierzu, dass die gemeindlichen Gremien bezüglich der Straßenanbindung des Baugebietes weder Beratungen durchgeführt haben, noch Planungsentscheidungen getroffen worden sind. Im südlichen Bereich des Baugebietes Beckershof bestehen mehrere Alternativen der Trassenführung, über die in den weiteren



Planungen noch zu beraten und zu entscheiden ist. Hierbei erhalten auch alle Betroffenen die Gelegenheit, Einwendungen abzugeben.

Bürgermeister Dornquast lädt alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohnern ein, an einem Gespräch am 04.03.2008, um 17.00 Uhr, im Rathaus teilzunehmen, in dem er das Verfahren erläutern und Fragen beantworten wird.

Mehrere anwesende Anwohner aus der Straße **Beckershof** beklagen die gestiegene Belastung durch den Schwerlastverkehr und PKW-Durchfahrtsverkehr in der Straße Beckershof und dadurch entstandene Straßenschäden.

Bürgermeister Dornquast führt aus, dass die Gemeinde Henstedt-Ulzburg verkehrsrechtlich keine Möglichkeit hat, den Schwerlast- bzw. Durchgangsverkehr einzuschränken, da es sich bei der Straße Beckershof um eine Gemeindeverbindungsstraße handelt. Bezüglich der Straßenschäden verweist er auf Planungen des Baulastträgers - dem Wegezweckverband der Gemeinden des Kreises Segeberg - die Straße wieder herzurichten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 36/20003-2008 am 11.12.2007“

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 36/2003-2008 am 11.12.2007 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern“

Beschaffung von gasbetriebenen Betriebsfahrzeugen

Die Anfrage von Frau von Bressensdorf, ob Frau Honerlah persönlich über ein gasbetriebenes Fahrzeug verfügt und welche Erfahrungen sie damit gemacht hat, wird von Frau Honerlah verneint. Frau Honerlah drückt ihr Unverständnis über diese Anfrage aus und bekräftigt den Vorschlag der WHU-Fraktion, bei der Neubeschaffung von Betriebsfahrzeugen den Kauf von gasbetriebenen Fahrzeugen zu prüfen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Festlegung von Zielen und Grundsätzen“

Siehe Vorlage vom 30.01.2008 und Tischvorlage vom 12.02.2008.

Herr Ostwald spricht sich namens der SPD-Fraktion gegen den Antrag der CDU-Fraktion, die Formulierung der Ziele und Grundsätze zum Teilleitbild VII, Ziffer 5, dahingehend zu ändern, dass Privatisierungen bei Wirtschaftlichkeit der Vorrang zu geben ist, aus. Er begründet die Ablehnung dahingehend, dass bei der Übertragung gemeindlicher Aufgaben an private Dritte nicht allein die Wirtschaftlichkeit ausschlaggebend sein darf, sondern auch der Erhalt bestehender Arbeitsplätze sowie eine tarifgerechte Bezahlung der Arbeitnehmer/innen berücksichtigt werden muss.



Frau Honerlah erklärt seitens der WHU-Fraktion ebenfalls ihre Ablehnung zur Formulierung des Teilleitbildes VII, Ziffer 5, und verweist auf Beispiele, dass aufgrund nicht tarifgerechter Entlohnung von Arbeitnehmer/innen, zuvor privatisierte öffentliche Aufgaben, wie die Abfallbeseitigung, vermehrt wieder von den Kommunen selbst wahrgenommen werden (Rekommunalisierung).

Herr Wengler führt aus, dass die CDU-Fraktion an ihrem Änderungsantrag zum Teilleitbild VII, Ziffer 5, festhält.

Bei den Mitgliedern der Gemeindevertretung besteht Einvernehmen, über die Formulierungen zum Teilleitbild VII, Ziffer 5, getrennt von der Gesamtfassung der Ziele und Grundsätze abzustimmen.

Zuerst wird über die Änderung des Teilleitbildes VII, Ziffer 5, abgestimmt.

Beschluss: Teilleitbild VII, Ziffer 5, der Ziele und Grundsätze wird wie folgt festgelegt:

„Privatisierungen ist bei Wirtschaftlichkeit Vorrang zu geben. Einsparziele sind zu definieren.“

Beschlussfassung: 14 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, Herr Rösel)
9 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Schlömann)

Im Anschluss wird über die Festlegung der Ziele und Grundsätze in seiner Gesamtheit abgestimmt.

Beschluss: Die Ziele und Grundsätze für die Gemeindevertretung werden in der der Vorlage zur Sitzung der Gemeindevertretung 36/2003 – 2008 am 11.12.2007 anliegenden Fassung mit den vom Hauptausschuss empfohlenen Änderungen vom 11.02.2008 festgelegt.

Gleichzeitig wird der Hauptausschuss gebeten, die Ziele und Grundsätze für den Schulbereich (Teilleitbild II, Pkt. 7 - 9) zu formulieren und der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen, sobald über die zukünftigen Schulformen in der Gemeinde endgültig entschieden ist.

Beschlussfassung: 14 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, Herr Rösel)
9 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Schlömann)



Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Grundsatzbeschluss über die Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Grundschule Ulzburg“

Siehe Vorlage.

Herr Schmidt empfiehlt im Hinblick auf die derzeitige Diskussion bei den Schulen, bei den Planungen die An- und Abfahrtsituation einzubeziehen.

Frau Honerlah weist darauf hin, bei der Raumplanung die Einrichtung von einer oder mehreren Integrationsgruppe/n zu berücksichtigen. Bürgermeister Dornquast sagt dieses zu.

Beschluss:

Der Kindergarten Beckersberg I (Altbau) wird nach dem teilweisen Umzug der Klassen aus der Grundschule Ulzburg in die Grundschule Ulzburg-Süd in die dann frei werdenden Räume der Grundschule Ulzburg verlegt und dort mit den verbleibenden Hortgruppen zu einer Einrichtung zusammen gefasst.

Die Kindertageseinrichtung erhält den Namen „Kita Schulstraße“.

Die Verwaltung wird beauftragt, je ein Raumprogramm

- für die Grundschule Ulzburg und**
- für die zukünftige Kita Schulstraße**

zu erstellen und bei den Planungen für die Kindertageseinrichtung die in der Vorlage genannten Punkte

- Krippe**
- Büro DKSB / Sozialberatung Diakonie**
- möglicherweise Sport-/Bewegungskindergarten**

zu berücksichtigen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„2. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplan der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Beckershof)“

- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der erneuten öffentlichen Auslegung -**
- abschließender Beschluss -**

Siehe Vorlage.

Herr Schümann berichtet als Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Honerlah erklärt für die WHU-Fraktion, dass sie mit Blick auf die Prognose hinsichtlich der demografischen Entwicklung in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, sowie unter Hinweis auf ausreichend bereits vorhandene Bauflächen und dem finanziellen Risiko der Ge-



meinde für die vorzustreckenden Infrastrukturkosten der äußeren Erschließung des Baugebietes Beckershof, der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes nicht zustimmen wird.

Herr Ostwald teilt für die SPD-Fraktion diese Auffassung.

Frau Honerlah kritisiert, dass von der Verwaltung bisher keine genaueren Zahlen zu den zu erwartenden Erschließungskosten des Baugebietes Beckershof vorgelegt wurden. Sie schlägt daher vor, bevor eine weitere Beschlussfassung erfolgt, seitens der Verwaltung eine Wirkungsanalyse erstellen zu lassen, um die Erschließungskosten genauer abschätzen zu können.

Bürgermeister Dornquast weist diese Kritik zurück. Im Hinblick auf den Umfang der Maßnahme braucht die Verwaltung Zeit, um den städtebaulichen Vertrag mit allen Zahlen sowie einem Zeitraster, in dem die Zeitpunkte der Investitionen für die einzelnen Schritte der Erschließung festgelegt werden, vorzulegen.

Ferner bringt Bürgermeister Dornquast sein Unverständnis zum Ausdruck, dass trotz eines einstimmigen Grundsatzbeschlusses der gemeindlichen Gremien, mit der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) eine Entwicklungsgesellschaft zu gründen, der Abschluss von Folgeverträgen, wie dem städtebaulichen Vertrag, nicht einvernehmlich mitgetragen wurde.

Beschluss:

- 1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 2. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes (Beckershof) für das Gebiet - westlich der ehemaligen Gemeindegebietsgrenze - südlich der L75 (Kadener Chaussee) bis zur A7 - nördlich der vorhandenen Gleisanlage entlang der Bahnstraße sowie die Parzellen westlich der Hamburger Straße mit der Bezeichnung „Kadener Galgen“ - vorgebrachten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: (Die in der Vorlage aufgeführte Behandlung der Bedenken und Anregungen ist Bestandteil dieses Beschlusses).**

Die Bedenken und Anregungen

- **der Deutschen Telekom AG,**
- **der Stadt Norderstedt,**
- **der Gemeinde Ellerau teilw.,**
- **des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein - Landeseisenbahnverwaltung – teilw.,**
- **der E.ON Netz GmbH teilw.,**
- **der AKN Eisenbahn AG,**
- **des Kreises Segeberg teilw.,**
- **der Stadt Quickborn teilw.,**
- **des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr,**
- **der Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Henstedt-Ulzburg teilw.**

werden berücksichtigt.



Die Bedenken und Anregungen

- der Gemeinde Ellerau teilw.,
- der E.ON Netz GmbH teilw.,
- des Amtes Kaltenkirchen-Land teilw.,
- des Eigentümers des Grundstückes Kadener Chaussee 6,
- des Kreises Segeberg teilw.,
- der Unteren Denkmalschutzbehörde (Archäologischer Denkmalschutz),
- der Stadt Quickborn teilw.,
- des Eigentümers des Grundstückes Beckershof 15 teilw.,
- des Eigentümers des Beckershofes,
- der Freien und Hansestadt Hamburg,
- der Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Henstedt-Ulzburg teilw.

werden nicht berücksichtigt.

Die Bedenken und Anregungen

- der Gemeinde Ellerau teilw.,
- der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG,
- des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein - Landeseisenbahnverwaltung – teilw.,
- des Amtes Kaltenkirchen-Land teilw.,
- des Kreises Segeberg teilw.,
- des Eigentümers des Grundstückes Beckershof 15 teilw.,
- der Freien und Hansestadt Hamburg

werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen vorgebracht haben, sowie die Träger öffentlicher Belange, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Anregungen und Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.

2. Die Gemeindevertretung beschließt die 2. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Beckershof).

3. Die geänderte Begründung wird gebilligt.



4. Die Verwaltung wird beauftragt, die 2. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Beckershof) zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Öffnungszeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Beschlussfassung: 14 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, Herr Rösel)
9 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Schlömann)

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
„Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben“

Haushaltsstelle 63000.9686 UK 01-05
Farbliche Markierung an Einmündungen diverser Straßen

Siehe Vorlage.

Herr Ostwald kritisiert, dass die gemeindlichen Gremien von der Verwaltung erst nach der Auftragsvergabe über die in Abweichung zur Ursprungskalkulation ausgeschriebenen Mehrflächen informiert wurden.

Bürgermeister Dornquast nimmt die Kritik bezüglich der unterbliebenen Information an und entschuldigt sich. In Bezug auf die Mehrflächen verweist er auf den von der Verwaltung umgesetzten Beschluss des Umwelt- und Planungsausschusses, dass alle Überwege, die schulwegrelevant sind, mit einbezogen werden sollen.

Beschluss: Die Gemeindevertretung stimmt der Leistung von überplanmäßigen Ausgaben für die Herstellung von blau gepflasterten Geh- und Radwegefurten an Einmündungen zu vorfahrtsberechtigten Straßen in Höhe von 104.000,00 EUR zu. Die Mittel werden im Nachtragshaushalt 2008 bereit gestellt.

Beschlussfassung: einstimmig



Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

**„Region Alsterland“- „Holsteins Herz“
Aktiv Region - Anerkennungsverfahren**

Siehe Vorlage.

Beschluss:

1. Die Bemühungen zur Bildung einer „AktivRegion Alsterland“* in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins unter voraussichtlicher Beteiligung ...

- **der Städte Ahrensburg (Teilgebiet) , Bargtheide, Norderstedt (Teilgebiet),**
- **der Gemeinden Ammersbek, Henstedt-Ulzburg (Teilgebiet),**
- **der Ämter Bargtheide-Land und Itzstedt mit ihren Gemeinden,**
- **des Amtes Kisdorf sowie**
- **der Kreise Segeberg und Stormarn**

werden unterstützt. Hinsichtlich des ungefähr erfassten Gebietes wird auf die Karte Bezug genommen, die der Beschlussvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt beigelegt ist.

2. Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg ist bereit, sich an der Gründung des einzutragenden Vereins „Alsterland e. V. - Region Segeberg - Stormarn“* als Gründungsmitglied zu beteiligen und ihm beizutreten.

3. Überlegungen, unter Verzicht auf eine eigene Geschäftsstelle, die Geschäftsstelle von „Holsteins Herz e. V.“ mit dem AktivRegion-Management des Vereins „Alsterland e. V. - Region Segeberg - Stormarn“* zu beauftragen, werden begrüßt.

4. Zur Sicherstellung des AktivRegion-Managements von „Alsterland e. V. - Region Segeberg - Stormarn“* beteiligt sich die Gemeinde Henstedt-Ulzburg bis einschließlich 2013 mit 0,50 € pro Einwohner im Jahr. Maßgebend ist die amtlich fortgeschriebene Zahl der Einwohner, die in dem Gemeindebereich leben, der zum Vereinsgebiet von „Alsterland e. V. - Region Segeberg - Stormarn“* gehört.

Es wird davon ausgegangen, dass die weiteren kommunalen Vereinsmitglieder sich in gleicher Weise beteiligen und dadurch sowie durch die finanzielle Unterstützung der Kreise die Finanzierung des AktivRegion-Managements bis einschließlich 2013 sichergestellt ist.



5. Die gebietsbezogene integrierte Entwicklungsstrategie (IES), die für das Gebiet der künftigen AktivRegion Alsterland* von dem Institut AgendaRegio auf der Basis verschiedener Ideenwerkstätten unter Beteiligung der Bevölkerung entwickelt und auf der Regionalkonferenz am 09.02.08 von dem Plenum beschlossen wurde, wird mitgetragen.
6. Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg erklärt hinsichtlich der späteren Durchführung von Einzelprojekten, die im Rahmen des ELER-Programms (Bezeichnung des Förderprogramms der EU (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) finanziert werden, ihre grundsätzliche Absicht, die nationale öffentliche Kofinanzierung sicherzustellen. Diese Absichtserklärung ergeht unter der Voraussetzung, dass zur gegebenen Zeit ...
 - die Verwirklichung des jeweiligen Projektes im Interesse der Gemeinde Henstedt-Ulzburg liegt,
 - für jedes Projekt eine gesonderter Beschluss der Gemeindevertretung zur Kofinanzierung erforderlich ist,
 - die Haushaltslage der Gemeinde Henstedt-Ulzburg die im konkreten Einzelfall erforderliche Kofinanzierung unter Berücksichtigung der sonstigen Aufgaben und der mittelfristigen Finanzplanung zulässt.

*Arbeitstitel

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
„NORDGATE - Das Tor zur Metropolregion Hamburg“

Siehe Vorlage.

Bürgermeister Dornquast stellt die geplante gemeinsame Gewerbeflächenvermarktung der Städte Neumünster, Bad Bramstedt, Kaltenkirchen, Quickborn und Norderstedt mit der Gemeinde Henstedt-Ulzburg unter der Dachmarke „Nordgate“ anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Die Kritik von Herrn Ostwald über den späten Zeitpunkt der Einbeziehung der gemeindlichen Gremien wird von Frau Honerlah geteilt.



Zu Punkt 10 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner werden keine Fragen gestellt.

Sodann schließt Bürgervorsteher Süme die Sitzung.

gez. Joachim Süme
(Ausschussvorsitzender)

gez. Steffen Klawitter
(Protokollführer)

gesehen: gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)